

Hartmann, Helfried

Article — Digitized Version

Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Westdeutschland seit der Währungsreform

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hartmann, Helfried (1950) : Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Westdeutschland seit der Währungsreform, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 3, pp. 31-36

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131067>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Westdeutschland seit der Währungsreform

Dr. Helfried Hartmann, Stuttgart

Die Zahl der Arbeitslosen im Gebiet der Deutschen Bundesrepublik hat Ende Dezember 1949 1,5 Mill. und Mitte Februar 1950 2 Mill. überschritten. Diese alarmierende Tatsache hat eine heftige Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung seitens der Opposition, aber auch der Besatzungsmächte hervorgerufen. Die Regierung hat am 9. Februar ein erweitertes Investitionsprogramm von 3,4 Mrd. DM vorgelegt, der Bundestag aber nach dem Antrage der SPD eine Politik der Vollbeschäftigung beschlossen, woraufhin die Regierung schon Mitte Februar noch weitere Kapitalbeträge angefordert hat.

DIE QUANTITATIVE ENTWICKLUNG

Vor der Währungsreform war die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig unbedeutend. Von rund 855 000 Ende Januar 1947 — dem Beginn einer zuverlässigen statistischen Dokumentation — war die Zahl der als arbeitslos Gemeldeten stetig bis auf 465 700 im November 1947 gefallen und hatte sich, nach leichter Steigerung bis auf knapp 482 000 im Januar 1948, wieder auf knapp 447 000 Ende Mai 1948 verringert. Hierbei ist zu bedenken, daß eine gewisse Zahl von Personen mit beschränktem Leistungsvermögen oder Leistungswillen auch in Zeiten bester Beschäftigung als arbeitslos registriert ist; andererseits haben vor der Währungsreform die hohen Geldreserven und die Gelegenheit zu Schwarzgeschäften zahlreiche Personen, die faktisch ohne nützliche Beschäftigung waren, der Registrierung überhoben. Etwa ein Viertel der Registrierten (Januar 1947: 222 400, November 1947: 117 000, Mai 1948: 104 400) entfiel auf die kaufmännischen, Büro- und Verwaltungsberufe, die wegen der zahlreichen schwer unterzubringenden älteren Angestellten immer das Sorgenkind der Arbeitsverwaltung gewesen sind.

Mit der Währungsreform vom 20. Juni und der dadurch herbeigeführten enormen Geldverknappung setzt nun ein Prozeß der Steigerung, teils durch Entlassungen, teils aber auch durch Anmeldung bisher nicht registrierter Unbeschäftigter ein, der sich bereits in der Junizahl — alle Monatsangaben sind vom Monatsletzten zu verstehen — ankündigt (451 100) und nun, der für die Beschäftigung günstigen Jahreszeit zuwider, bis August (784 200) anhält. Dann aber folgt, mit allmählicher Überwindung der Betriebsmittelknappheit, eine Erholung bis November (715 100). Danach erst setzt der saisonmäßig zu erwartende Anstieg ein: noch flach im Dezember, dann sehr steil im

Januar, weiter noch ziemlich steil im Februar und März bis auf 1 168 100. Der Anstieg hält aber auch weiterhin an: zwar flacher, ab Juli (1 302 900) bis Oktober (1 316 600) sogar unbedeutend. Es ist das unterscheidende Merkmal und gleichzeitig das Bedenkliche dieses Jahresverlaufs, daß die regelmäßige Erholung in der wärmeren Jahreszeit ausbleibt und so der Ausgangspunkt des unausweichlichen winterlichen Anstiegs recht hoch zu liegen kommt. Dieser Anstieg beginnt diesmal schon während des November (Endstand 1 383 800) und wird im Dezember (1 558 500) und im Januar (1 897 600) stürmisch. Mitte Februar werden 2 018 300 erreicht. Der prozentuale Zuwachs gegenüber dem Vormonat beträgt im November 5,1, im Dezember 12,6, im Januar 21,8, bis Mitte Februar 6,4%, der Zuwachs von Ende November bis Ende Januar 37,2%. Ein Jahr vorher war gegenüber dem Vormonat im November noch eine Abnahme um 3,3% zu verzeichnen, im Dezember betrug der Zuwachs 6,2, im Januar aber sogar 26,8%; der Zuwachs von Ende November bis Ende Januar belief sich auf 33,1%. Wir sehen also, daß der Januarsprung im Vorjahr prozentual sogar größer, der prozentuale Gesamtzuwachs von Ende November bis Ende Januar nur wenig geringer war als diesmal. Absolut genommen war der diesjährige Gesamtzuwachs Ende November auf Ende Januar etwa doppelt so groß wie im Vorjahr, freilich lag auch schon der Novemberstand beinahe doppelt so hoch. Im ganzen zeigt also der diesmalige Winteranstieg die Proportionen des vorigen, nur in etwa doppelter Relation und mit früherem Beginn. Die erste Februarhälfte weist bereits eine etwas geringere Steilheit der Kurve auf; im Vorjahr betrug die absolute Zunahme im Februar nur etwa die Hälfte der Januarzunahme.

SAISONAL — KONJUNKTURELL — STRUKTURELL?

Ist der jetzige Winteranstieg wesentlich saisonbedingt oder kommen in ihm zugleich die auch sonst beklagten Stagnations- und Depressionserscheinungen der Geschäftstätigkeit — zu geringe Investition, Mangel an Konsumkaufkraft — zum Ausdruck? Dazu muß man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen betrachten. Ende Dezember — für Januar liegt die Berufsaufgliederung noch nicht vor — bestritten die von der Jahreszeit abhängigen Außenberufe einen beträchtlichen Teil des seit Ende Oktober eingetretenen Arbeitslosenzuwachses von insgesamt 241 897 Köpfen: die Bauberufe 72 922, die

**Die Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet seit der Währungsreform insgesamt
und in den wichtigsten Berufsgruppen**
(in 1000)

Berufs- zweige	1948 Monatsende				1949 Monatsende											
	Juni	Aug.	Okt.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Alle Berufe	451,1	784,2	739,4	759,6	962,9	1068,9	1168,1	1232,4	1256,9	1283,3	1302,9	1308,1	1313,7	1316,6	1383,8	1558,5
Kaufm., Büro- u. Ver- waltgs.-Ber.	105,9	166,8	168,1	158,2	173,0	179,0	187,3	204,7	209,4	211,6	218,5	217,4	216,0	220,6	219,8	219,5
Hilfsarbeit. aller Art	46,8	107,0	104,7	112,2	137,9	155,0	168,8	171,6	176,5	182,8	177,2	173,8	170,2	166,0	173,8	198,7
Metall- erzeuger u. -verarbeiter	40,2	70,0	62,3	63,0	83,5	95,9	114,0	132,3	146,4	157,5	161,6	160,8	161,6	160,3	166,3	181,6
Verkehrs- berufe	29,2	52,0	50,0	54,9	71,2	78,1	85,1	90,0	94,3	98,1	101,7	104,3	105,8	107,9	113,1	125,4
Landw. u. gärtn. Berufe	28,7	52,2	52,6	63,8	79,0	84,3	85,9	81,2	77,9	75,8	74,7	71,4	73,6	76,8	90,5	113,5
Hausgehilf.	26,4	48,3	44,0	39,6	43,9	47,9	51,2	55,3	57,0	57,1	57,9	61,0	64,6	67,8	71,8	73,9
Bekleidgs.- berufe	15,5	25,9	22,4	20,4	26,3	33,5	41,4	48,1	50,6	54,1	60,7	67,1	69,2	64,7	61,4	65,1
Nahrungs- mittelherst.	14,5	25,0	24,1	24,5	31,8	35,5	39,6	42,9	43,3	42,8	42,3	41,9	43,8	45,6	48,7	60,2
Banberufe	13,7	26,9	20,5	41,0	92,4	111,2	116,2	90,0	76,1	73,0	66,5	60,9	57,3	55,3	75,3	128,2
Holz- verarbeiter	9,4	18,7	15,5	17,5	21,0	26,7	34,3	41,1	45,2	48,8	50,6	50,2	48,6	45,9	46,8	53,3
Textil- hersteller u. -verarbeiter	6,2	17,1	15,1	12,7	15,0	17,9	21,1	23,3	24,4	25,5	26,5	27,6	27,4	25,9	25,4	25,8
Gaststätten- berufe	11,7	22,6	21,2	20,9	23,1	24,7	26,8	28,3	29,2	29,7	30,4	31,6	33,0	36,0	38,9	40,3

Alle Berufe: Ende Januar 1950 1897,6; Mitte Februar 1950 2018,3

Landwirtschaft und Gärtnerei 36 643, die Forstwirtschaft und Fischerei 5374, zusammen 114 939. Auch die Verkehrsberufe, in denen die Arbeitslosen um 17 466 zugenommen haben, sind teilweise — besonders in der Schifffahrt — saisonabhängig, und von der großen Schar der arbeitslosen Hilfsarbeiter, die sich um 32 680 vermehrt hat, sind große Teile den Außenberufen, vor allem dem Hoch- und Tiefbau, zuzurechnen. Bedenklicher Weise zeigen aber auch solche Berufsgruppen einen Anstieg oder beschleunigten Anstieg der Arbeitslosigkeit gegen Jahresende, die von der Witterung unabhängig sind. So vor allem im Investitionsbereich die Metallherzeuger und -verarbeiter um 21 307 und die Steingewinner um 9011, ja sogar die — nur wenig von der Arbeitslosigkeit berührten — Bergleute um 1539. Dann aber im Konsumbereich die Nahrungs- und Genussmittelhersteller um 14 539, die Holzverarbeiter um 7351 und im Bereiche der Dienste die Gaststättenberufe um 4273 und die Hausgehilfen um 6041. Andere wichtige Konsumgüterberufe erwiesen sich dagegen als ziemlich widerstandsfähig. Die Lederhersteller und -verarbeiter wiesen nur 852 mehr Arbeitslose auf als Ende Oktober, die Textilhersteller und -verarbeiter sogar 85 weniger, die Bekleidungsberufe nur 362 mehr. „Gehobene“ Berufe zeigten sich relativ krisenfest; so wiesen die graphischen Berufe nur 163, die Ingenieure und Techniker nur 110 Arbeitslose mehr auf. Die Angestelltenberufe wiesen sogar eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um 1146 Köpfe auf, auch hat sich ihr Anteil an

der Gesamtarbeitslosigkeit von früher einem Viertel mit der Zeit auf ein Siebtel reduziert. Ein Einfluß konjunktureller Unsicherheitsmomente ist danach unverkennbar, aber weder ausgeprägt noch eindeutig; das saisonale Moment scheint trotzdem zu überwiegen.

Zum erheblichen Teil ist unsere Arbeitslosigkeit freilich auch strukturell bedingt. Darüber gewinnen wir am besten Klarheit, wenn wir die Arbeitslosigkeit zur Beschäftigung, zum Arbeitspotential und zur Bevölkerung in Beziehung setzen.

ARBEITSLOSIGKEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Wenn wir oben den hohen Anteil des jahreszeitlichen Momentes an der gegenwärtigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit hervorhoben, so darf man doch nicht übersehen, daß andere Außenberufe als der Bau nur begrenzte jahreszeitliche Zunahmen versprechen. Im Jahre 1948 war die Frühjahrs- und Sommerentlastung durch die Betriebsmittelknappheit überkompensiert worden; aber im Herbst nahm in der Landwirtschaft die Arbeitslosenziffer ab und in den Verkehrsberufen wenigstens nicht zu. Dagegen blieb im letzten Jahre die Arbeitslosigkeit der Landwirtschaft von Juli bis Oktober lediglich konstant, sonst aber stieg sie, und bei den Verkehrsberufen war in dieser Zeit die Zunahme der Arbeitslosigkeit zwar verlangsamt, aber niemals unterbrochen. Überhaupt zeigen von den wichtigeren Berufsgruppen 1949 nur die Bau- und die Hilfsarbeiter sowie die Metall-, die Holz- und die Be-

kleidungsarbeiter eine absteigende Bewegung, während sonst die Arbeitslosigkeit durchgängig, wenn auch verschieden schnell, zunimmt. Darin macht sich die Tendenz zur Freisetzung von Arbeitskräften im Zusammenhang mit der steigenden Leistung des einzelnen Arbeiters und im Interesse der Kostenersparnis geltend, die die scheinbare Paradoxie einer zunehmenden Arbeitslosigkeit bei beachtlich steigender Produktion hervorbringt. In der Reichsmarkzeit, als „Geld keine Rolle spielte“ und der Drang zur Schaffung realer Werte um so größer war, fanden zahllose, in ländliche Gemeinden eingewiesene Flüchtlinge als Helfer in der Landwirtschaft ein Unterkommen. Im städtischen Gewerbe bestand bei dem großen Warenhunger, vielfach auch zum Ersatz der Leistung von durch Kriegszerstörungen, alliierte Entnahmen oder übermäßige Abnutzung beeinträchtigten Produktionsmitteln sowie für behelfsmäßige Eigenfertigung infolge versagender Zulieferungen ein hoher Bedarf an menschlicher Arbeitskraft, der durch die Fehlleitung der Flüchtlinge und den Mangel an Wohnmöglichkeiten gerade in den zerstörten, aber doch die Industrie beherbergenden Großstädten verschärft wurde und zu der bekannten „Hortung“ von Arbeitskräften führte. Mit Wiederherstellung des Geldwertes mußte

nach dem Ablaufen der „Kopfgeldkonjunktur“ im Herbst 1948 den Betrieben dieses Durchhalten entbehrlicher Kräfte leid werden, zumal sich mit dem Wiederauftauchen zahlreicher benötigter Teile, Vorprodukte und Produktionsmittel am Markt sowie mit der nun rasch fortschreitenden Wiederherstellung der Anlagen die manuellen Behelfsfertigungen und Aufräumungsarbeiten weitgehend erübrigten. Zugleich strebten auch die Verkehrsbetriebe und die öffentlichen Verwaltungen nach Ausscheidung entbehrlicher Kräfte. Das Resultat war steigende Arbeitslosigkeit trotz steigender agrarischer wie gewerblicher Produktion und Verkehrsleistung.

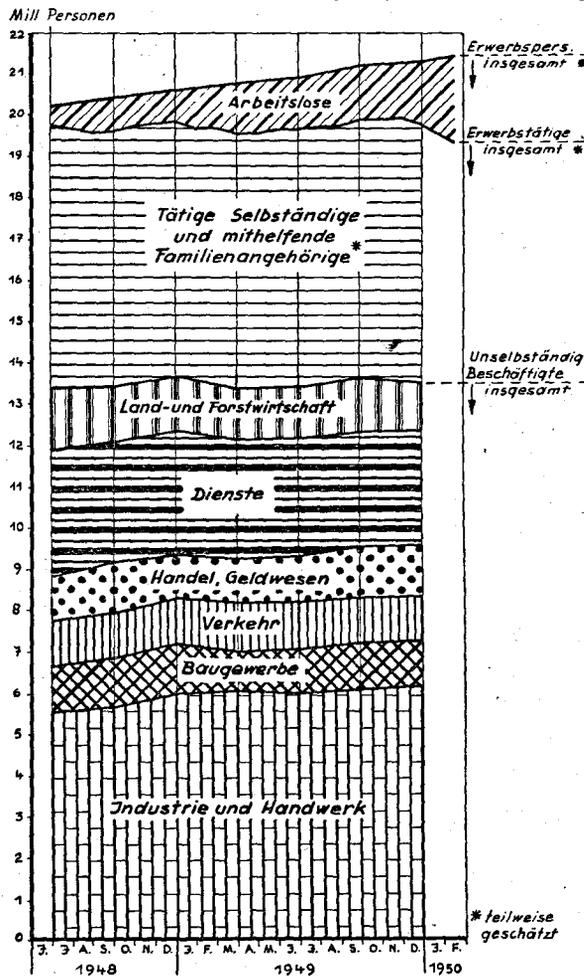
Den Entlassungen entbehrlicher stehen aber die Neueinstellungen benötigter Kräfte gegenüber. Der Anstieg der Wertschöpfung war groß genug, um trotz Einsparung von Arbeitskräften die Beschäftigung wenigstens auf gleicher Höhe zu halten: das zeigen die im ganzen gleich breit und horizontal bleibenden Beschäftigungsbänder des Schaubildes. Kleinere Verschiebungen sind freilich unverkennbar. Die Industrie- und Handwerksbeschäftigung nahm zu (+ 633 000 = 11 %) wenn auch bei weitem nicht proportional der Erzeugung, die sich dem Index nach fast verdoppelte (von 51 auf 98 im November), und zwar hauptsächlich

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik am 31. 12. 1949

Berufsgruppen	Unselbständig Beschäftigte 31. 12. 49	Arbeitslose 31. 12. 49	Arbeitslose in % des Ar- beitnehmer- potentials	Steigerung der Arbeits- losigkeit in % gegenüber	
				31. 12. 48	31. 10. 49
Kaufmänn., Büro- u. Verwaltungsberufe	2 629 501	219 462	7,7	38,7	-9,5
Metallerzeuger u. -verarbeiter	1 964 693	181 575	8,5	188,1	13,3
Verkehrsberufe	1 121 768	125 417	10,1	128,3	16,1
Hilfsarbeiter aller Art	1 044 723	198 712	16,0	77,1	18,9
Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer	1 007 320	113 492	10,1	77,8	47,8
Hausgehilfen u. verwandte Berufe	920 801	73 862	7,4	88,7	9,0
Bauberufe	772 513	128 232	14,2	212,4	131,9
Bekleidungsberufe	532 872	65 082	10,9	219,6	0,6
Sonstige — nicht genannte — Berufe	502 688	54 540	9,8	44,3	3,8
Holzwerker u. zugehör. Berufe	477 777	53 332	10,0	287,1	16,0
Bergleute u. verwandte Berufe	438 196	9 395	2,1	112,0	18,5
Nahrungs- u. Genußmittelhersteller	345 200	60 221	14,9	145,9	32,0
Textilhersteller u. -verarbeiter	334 961	25 836	7,2	103,5	-0,0
Ingenieure, Techniker usw.	302 565	30 885	9,3	42,1	0,4
Gaststättenberufe	180 662	40 266	17,9	92,7	11,9
Steingewinner, Keramiker, Glasmacher	158 762	28 395	15,2	264,2	47,6
Forst-, Jagd- u. Fischereiberufe	185 556	28 366	17,3	147,9	23,4
Maschinisten u. Heizer	116 748	9 425	7,5	130,2	24,3
Chemiewerker	111 770	7 178	6,0	228,5	13,6
Lederhersteller, Leder- u. Pelzverarbeiter	92 519	10 308	10,0	222,2	9,0
Körperpfleger	91 722	13 173	12,6	88,7	6,9
Graphische Berufe	88 601	5 234	5,6	45,1	3,2
Papierhersteller u. -verarbeiter	67 517	5 113	7,0	151,9	8,0
Reinigungs- u. Desinfektionsberufe	62 707	5 757	8,4	141,5	8,7
Gummiverarbeiter	35 022	3 550	9,2	413,7	24,7
Ohne feststehenden Beruf	10 347	58 782	85,2	155,0	9,3
Musikinstrumenten- u. Spielwarenhersteller	8 441	2 846	25,2	71,9	2,2
Bühnen- u. Filmarbeiter	243	33	12,0	27,0	-37,5
Alle Berufe	13 556 196	1 558 469	10,3	105,1	18,4

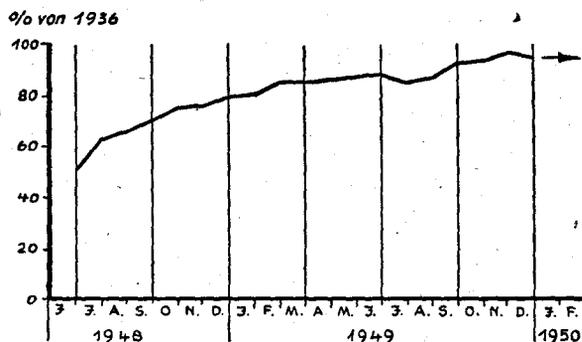
auf Kosten der Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei (— 370 000 = 24 %). Die Gesamtzahl der unselbständig und entgeltlich Beschäftigten — nur diese, also die Arbeiter, Angestellten und Beamten, sind in den unteren Bändern dargestellt — blieb ziemlich konstant um 13,5 Mill., mit zwei Spitzen Ende Dezember 1948 (13,7) und Ende September 1949 (13,6). Dazu treten aber noch die tätigen Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen, deren Zahl für die Bizone amtlich geschätzt ist, für

Erwerbspersonen im Bundesgebiet seit der Währungsreform



Ohne Nahrungs- und Genußmittel und ohne Bau. 1948 Bizone, Kalendermonat, 1949 Bundesgebiet arbeitstäglich

Index der industriellen Produktion



die französische Zone hinzuschätzen war. Auch sie bleibt mit 6,3 Mill. nahezu konstant. Das oberste Band stellt die Arbeitslosen dar, die die Erwerbstätigen zu den Erwerbspersonen ergänzen.

Dieses Band zeigt eine fast ständige, wenn auch ungleichmäßige Verbreiterung von 0,45 Mill. Ende Juni 1948 auf 2,02 Mill. Mitte Februar 1950. Man sieht, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit bis Ende 1949 im wesentlichen die Zunahme der Erwerbspersonen widerspiegelt. Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ist im Ganzen lediglich der Ausdruck der Tatsache, daß der Zugang an erwerbsbereiten Personen nicht von der Beschäftigung aufgefangen werden konnte.

ARBEITSLOSIGKEIT UND BEVÖLKERUNG

Die Zunahme der Erwerbspersonen ist ihrerseits eine Funktion der Vermehrung der Bevölkerung und der Verschiebungen in ihrem Altersaufbau. Von der Volkszählung am 29. 10. 1946 bis zum 30. 9. 1949, also in 35 Monaten, hat die Einwohnerzahl des Bundesgebietes — ohne Ausländer in Lagern — von 43 978 300 auf 47 446 100, mithin um 3 467 800 zugenommen, im Monat also durchschnittlich um fast 100 000. Die monatsdurchschnittliche Zunahme betrug von der Volkszählung bis Ende 1947 116 800, im Jahre 1948 109 600, 1949 bis September nur 66 000, doch dürfte sich diese vorläufige Zahl noch erhöhen.

Für den Zuwachs ist zum Teil die natürliche Bevölkerungsvermehrung verantwortlich. Dazu tritt die Bevölkerungszunahme durch Wanderung. Hier kommen hauptsächlich in Betracht die Rückkehr von Kriegsgefangenen, der weitere Zustrom von Heimatvertriebenen aus dem Reichsgebiet ostwärts der Oder und Neiße und dem Ausland, sowie die Übertritte aus der Sowjetzone, dazu die Zuzüge aus Berlin (West und Ost). An Kriegsgefangenen und Wehrmachtvermißten sind allein in Württemberg-Baden von Mitte 1947 bis Ende Oktober 1949 77 176 als heimgekehrt gemeldet; im Monatsdurchschnitt und nach der Bevölkerung umgerechnet ergäbe das für das Bundesgebiet 39 259 Personen; doch hat ja der Rückstrom 1949 bedeutend nachgelassen. An Heimatvertriebenen wurden im Bundesgebiet Ende September 7 553 700 festgestellt, 108 000 mehr als ein Vierteljahr vorher, was einen durchschnittlichen Monatszugang von 36 000 bedeutet. Die entsprechende Zählung der Zugewanderten aus der Sowjetzone und Berlin (824 400, Monatszuwachs seit 30. Juni 12 500) ist wegen zu enger Definition in vier Ländern nicht verwendbar; die westdeutschen Behörden rechnen mit 15 bis 30 000 Zugängen im Monat, während Dr. Friedensburg kürzlich eine Schätzung von 400 000 zwischen dem 1. 7. 1949 und dem 31. 1. 1950 vertrat: das wären monatlich 57 000. Natürlich sind aber die Zuwanderer aus der Sowjetzone zum Teil zugleich Heimatvertriebene, so daß man die Zahlen nicht addieren darf. Viele Zuwanderer werden nicht ordnungsgemäß gemeldet, also bei der Fortschreibung der Einwohnerzahl nicht erfaßt, so daß eine statistische Klarheit nicht zu gewinnen ist. Auf jeden Fall ist die Bevölkerungszunahme durch Zuwanderung drei- bis viermal so hoch

wie der Geburtenüberschuß und damit von exzeptionellem Ausmaß, zumal für ein so schwer angeschlagenes, wirtschaftlich so desorganisiertes und so einfuhrabhängiges Land.

Auf das Arbeitspotential hat der Geburtenüberschuß zunächst nur geringen Einfluß. Er bedeutet ja das Anschwellen der Kindesaltergruppen, zugleich eine verminderte Sterblichkeit sowohl bei den Säuglingen als auch bei den höheren Lebensaltern, besonders auch bei den über der Erwerbsfähigkeit hinausliegenden Jahresklassen. Dagegen sind die Kriegsgefangenen durchweg, die Heimatvertriebenen mindestens zu normalem, die Zugewanderten aus der Sowjetzone zu überdurchschnittlichem Anteil Erwerbspersonen.

Ganz entscheidend trägt aber auch das Hineinwachsen der besonders stark besetzten jugendlichen Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter zur Vergrößerung des Arbeitspotentials bei. Im Jahre 1949 vollendete der Geburtsjahrgang 1934 das 15. Lebensjahr, der bei der Volkszählung vom 29. 10. 1946 allein in der Bizone rund 640 000 Köpfe zählte und seitdem durch Sterbefälle nur wenig abgenommen, dagegen durch zugewanderte Flüchtlings- und Sowjetzonenjugend noch zugenommen hat. Die anschließenden Geburtsjahrgänge sind sogar noch stärker besetzt (bis zu einem Maximum von 790 000 des Jahrgangs 1940). Auf der anderen Seite sind die mit der Altersgrenze ausscheidenden Jahrgänge kaum halb so stark: der Jahrgang 1884, der 1949 65 Jahre alt wurde, zählte Herbst 1946 in der Bizone rund 190 000 Frauen und rund 160 000 Männer, zusammen rund 350 000 Köpfe, und hatte seitdem zwar ebenfalls Zuwanderungen, aber doch auch erhebliche Sterbefälle zu verzeichnen. Auch die anschließenden Jahrgänge waren nur schrittweise — bei den Männern nur um ein geringes — stärker besetzt. Unser Arbeitspotential hat also bis 1955 und darüber hinaus einen hohen jährlichen Zugang aus Schulentlassenen zu erwarten, dem ein weitaus geringerer Abgang aus Ueberalterung gegenübersteht, zumal beim Zugang fast alle Mädchen, beim Abgang aber nur die erwerbstätigen Frauen mitzählen.

RICHTLINIEN FÜR DIE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Die Beschäftigungspolitik hat in erster Linie mit zwei gewichtigen Tatsachen zu kämpfen: mit der starken und raschen Zunahme des Arbeitspotentials sowohl durch Nachwuchs wie durch Zuwanderung und mit der Tendenz zur Einsparung von Arbeitskräften durch Rationalisierung, Technisierung und Modernisierung.

Diese Tendenz wird anhalten und sogar begrüßt werden müssen, da unser in Lebensmittel und Rohstoffen hochgradig einfuhrabhängiges Land an einem hohen Export und an der dazu nötigen Wettbewerbsfähigkeit mittels Kostensenkung vital interessiert ist. Mehreinstellungen werden also nur zu erwarten sein, wenn die Produktion noch wesentlich gesteigert werden kann. So konnte auch die Einfügung des Zuwachses in den Arbeitsprozeß bisher noch in keiner Weise gelöst werden. Das beweist auch der unverhältnismäßig höhere Anteil der Heimatvertriebenen an der Erwerbslosigkeit. Ende Dezember 1949 waren 63,7% der Erwerbslosen Einheimische und 36,3%

Vertriebene; der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung betrug bei den Einheimischen 2,6, bei den Vertriebenen aber 7,4%.

Am nächsten liegt natürlich die Wiederbelebung der Bautätigkeit. Bei dem hohen Anteil der Bauarbeiter an der Arbeitslosigkeit würde das in der Tat schon unmittelbar viel helfen. Dazu kommen die erheblichen Sekundärwirkungen einer erhöhten Bautätigkeit nicht nur auf die Baustoffproduktion, sondern auch auf sämtliche Produktionen von Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen wie Möbeln, Ofen und Herden, Haushalttextilien, Haushaltmaschinen und Haushaltswaren aller Art. Über den Lohnfonds des Baugewerbes und der von ihm angeregten Industrien würde aber zugleich die Massenkaufkraft einen neuen Schub erfahren und damit sowohl die übrigen Konsumgüterindustrien wie auch der Verkehr, der Handel und die persönlichen Dienste Auftrieb erhalten. Der Gefahr, daß erhöhte Konsumkaufkraft die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln und ausländischen Luxuswaren hochtreiben würde, muß man mit anderen Mitteln begegnen als mit bewußter Drosselung der Investitionen. Solche Investitionen sind im Gegenteil nicht nur auf dem Bausektor nötig; der ganze Produktionsapparat bedarf einer Überholung, Modernisierung und Erweiterung, nicht zuletzt auch zur Erzielung unserer Wettbewerbsfähigkeit im Ausland, und zwar sowohl in der Qualität wie in der Kostengestaltung. Bei unserer nicht zu beseitigenden Einfuhrabhängigkeit in Nahrungsmitteln und Rohstoffen muß unser Export noch weit mehr als verdoppelt werden, damit nach dem Auslaufen des Marshallplanes unsere Zahlungsbilanz einigermaßen im Gleichgewicht ist, und es muß daher jedes Bemühen der Exportsteigerung gelten.

Daß bei der Kapitalarmut Deutschlands, die durch die unnötige Geldverknappung infolge des Wegstreichens des Buchgeldes bei der Währungsreform noch unnötig verschärft wurde, die Gewährung von Auslandskrediten recht wünschenswert wäre, liegt auf der Hand. Immerhin darf man aber nicht verkennen, daß seit der Währungsreform doch mehr, als statistisch erfaßbar ist, verdient und investiert wurde. Die psychologische Situation des Verkäufermarktes schwindet nur langsam, das Publikum bewilligt noch immer überhöhte Preise und ermöglicht damit übertriebene Gewinnspannen, die vielen Unternehmen den Wiederaufbau ihrer Anlagen und damit ihrer Substanz in kurzer Zeit ermöglicht haben. Die geringe Anzahl der Zahlungseinstellungen beweist, daß auch schlechtere Betriebe sich halten und also die besseren Unternehmen um so größere Differenzialrenten einstreichen. Diese sozial ungesunde hohe Selbstfinanzierung ist aber leider dem dringendsten Investitionsbedürfnis, nämlich dem Wohnungsbau, am wenigsten zugute gekommen. Das Gewinnkapital sucht natürlich eine auch privatwirtschaftlich lohnende Anlage, während der Wohnungsbau seit dem ersten Weltkrieg grundsätzlich unrentabel ist. Schon aus diesem Grunde ist — ganz abgesehen von sonstigen Fehlinvestitionen, deren Ausmaß schwer zu beurteilen ist — eine öffentliche Investition und Investitionslenkung erforderlich.

Zum Glück scheint nun sowohl bei der deutschen Finanzwelt als auch bei den Alliierten die übertriebene Angst um die Währungsstabilität in der Kreditpolitik überwunden zu sein. Da bei der wachsenden, noch immer größtenteils unterversorgten Bevölkerung ein Mehrbedarf unverkennbar ist, braucht man nicht ernstlich um den Absatz auch einer erhöhten Produktion zu bangen. Wie aber könnte sich das Vertrauen in die deutsche Währung ernsthaft verringern, wenn der Druck der Erwerbslosigkeit abnimmt und sich dadurch die Wirtschaft festigt? Auf der anderen Seite muß freilich davor gewarnt werden, das Keynes'sche Rezept des deficit spending und der leichtherzigen Geldschöpfung unbesehen auf unsere Lage anzuwenden. Glücklicherweise sind wir von der Gefahr einer Schrumpfung der Konjunktur aus Scheu vor

Investitionen weit entfernt, wir haben es vorerst nur mit einem Mangel an Investitionsmitteln bei heftigem Investitionsbegehren zu tun.

Von großer Bedeutung wird es aber auch sein, die falsche räumliche Placierung vieler Arbeitskräfte zu beseitigen. Besonders Flüchtlinge, aber auch noch aus zerstörten Großstädten Evakuierte sitzen größtenteils auf dem Lande, von berufsgemäßen Arbeitsmöglichkeiten getrennt und bestenfalls berufsfremd eingesetzt, während viele Betriebe keine geeigneten Arbeitskräfte bekommen können. Überhaupt verhindern oder erschweren die Zuzugssperren und -formalitäten die Annahme passender Arbeitsstellen. Die jetzt beschlossene Aufhebung des Zuzugswesens ist freilich nur ein erster Schritt. Folgen muß die Forcierung des Wohnungsbaues.

Übersetzung der europäischen Stahlkapazität?

Eine Besprechung des Genfer Stahlgutachtens

Dr. E. Gerwin, Forest-Row, Sussex

Ist Stahl ein Material, das eine Zukunft hat? Und wird die europäische Stahlindustrie einen bedeutenden Anteil an dieser Zukunft haben? Diese beiden Fragen sind für die Beurteilung der weiteren europäischen Entwicklung von größter Wichtigkeit. Sie zu beantworten, oder doch wenigstens eine Antwort zu versuchen, soweit es die zugänglichen Unterlagen und das Urteil der Sachverständigen erlauben, muß daher ein höchst dankenswertes Unterfangen sein. Wenn sich die Stahl-Abteilung der UNO-Wirtschaftskommission in Genf unter Leitung des Luxemburgers Rollmann auf Veranlassung des geschäftsführenden Sekretärs der Wirtschaftskommission, Prof. Myrdal, dieser Aufgabe unterzogen hat, so hat sie damit, ganz unabhängig von ihren Ergebnissen im einzelnen, eine Pionierarbeit geleistet, die sowohl für die weitere Gestaltung der europäischen Wirtschaftspolitik, als auch als Vorbild für ähnliche Untersuchungen über andere Wirtschaftszweige außerordentlich wertvoll sein dürften.

Die Vorlage der Genfer Stahlstudie hat denn auch in der gesamten interessierten Welt ein sehr lebhaftes Echo gefunden, in dem es zwar an Kritik über einige Unterstellungen und einige Schlußfolgerungen nicht fehlt, das jedoch einmütig den Wert der Unabhängigkeit unterstreicht, mit der die Studie angefertigt worden ist. In der Tat ist es von größtem Wert, daß die Pläne der einzelnen Länder für die Entwicklung nationaler Stahlindustrien von einer internationalen Warte aus gewertet worden sind.

Es verdient vorausgeschickt zu werden, daß teils aus dieser sorgfältigen Behütung nationaler Expansionspläne, teils aus dem stets zu beobachtenden Optimismus von Planern heraus einige Kritik an dem zu großen „Pessimismus“ mancher Feststellungen der Genfer Sachverständigen geübt wird und daß die Genfer Verfasser auch darauf antworten, sie könnten sich den Optimismus der Planer nur dort zu eigen

machen, wo sie wenigstens Anzeichen für ein Eintreffen der von den Planern unterstellten Voraussetzungen gefunden hätten. Dies sei allerdings längst nicht in dem Umfange geschehen, wie die Planer — und sie selbst — es sich gewünscht hätten. Man könne jedoch nicht zu einer realistischen Beurteilung einer zukünftigen Situation kommen, wenn man bald zuversichtlich, bald vorsichtig an die Einschätzung herangehe.

PROGNOSE DER UBERPRODUKTION

Faßt man diese Grundeinstellung ins Auge, wird man den rechten Abstand auch zu der Genfer Schlußfolgerung aus gegenwärtigen Produktions- und Absatzverhältnissen, sowie geplanten Produktions- und Verbrauchsmöglichkeiten gewinnen. Diese Schlußfolgerung lautet, man müsse in Europa (Ost- und West-Europa, jedoch ohne Sowjetunion) für 1953 mit einer „praktisch verfügbaren Produktionskapazität“ (auf der Basis einer zu etwa 85 % ausgenutzten Gesamtkapazität) von 70 Mill. t Rohstahl rechnen. Diese Ziffer ergibt sich aus der Zusammenstellung der Schätzungen für die vorhandene, zu modernisierende und neu zu errichtende Kapazität in den einzelnen stahlproduzierenden Ländern Europas. Die Absatzplanung der einzelnen Länder ergebe, daß man mit einem Verbrauch von 60 Mill. t in Europa und mit einer Ausfuhr nach außereuropäischen Ländern in Höhe von 10 Mill. t rechne. Eine sehr eingehende Untersuchung der Absatzmöglichkeiten innerhalb und außerhalb Europas führt für die Genfer Sachverständigen zu der Annahme, daß man selbst im günstigsten Falle der Vollbeschäftigung und der Verwirklichung der bisher angekündigten Verbrauchspläne für Stahl in Europa nur mit einem Verbrauch von 58 Mill. t rechnen, während man die Ausfuhr nach Übersee nicht mit 10, sondern nur mit 4 Mill. t veranschlagen könne.